

Gegenwind für die Mittelmeerunion

Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Sarkozy haben sich nach monatelangen Meinungsverschiedenheiten vergangene Woche auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine Mittelmeerunion verständigt. Sie soll gegenwärtige Politikinitiativen in der Region ergänzen, aber keine Parallelstrukturen aufbauen. Bei den mediterranen Partnerländern - allen voran Ägypten - stößt diese neue Politikinitiative allerdings weiterhin auf Skepsis und Desinteresse.

Der französische Staatspräsident hatte bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes 2007 die Bildung einer Mittelmeerunion vorgeschlagen. Sarkozy schwebte nach dem Vorbild der EU eine Union sämtlicher Mittelmeeranrainer vor. In mehreren Reisen in die Region präsentierte er anschließend das anvisierte Projekt den potenziellen Partnerregierungen in Nordafrika und Nahost – so unter anderem im Januar 2008 in Ägypten. Während die Medien sich auf Details aus Sarkozys Privaturlaub mit seiner späteren Ehefrau Carla Bruni konzentrierten, nutzte der französische Staatspräsident den offiziellen Teil der Reise, um in Gesprächen mit dem ägyptischen Präsidenten Interesse an milliardenschweren Aufträgen für die französische Atom- und Rüstungsindustrie anzumelden.

Die restlichen EU-Mitglieder, allen voran die deutsche Bundesregierung, fühlten sich von diesem Alleingang übergangen und befürchteten eine Spaltung der gemeinsamen EU-Mittelmeerpolitik. Trotz des Ausschlusses der nicht an das Mittelmeer angrenzenden EU-Mitglieder sollte das Projekt nach französischen Plänen mit EU-Geldern finanziert werden und vor allem nationalen französi-

schen Wirtschaftsinteressen (Atom- und Rüstungsindustrie) und politischen Interessen (Verhinderung eines EU-Beitritts der Türkei) dienen.

Mit der jüngsten Einigung zwischen Merkel und Sarkozy ist nun die Gefahr eines französischen Alleingangs gebannt: Sarkozy und Merkel kamen überein, dass die angestrebte Mittelmeerunion zum einen alle 27 EU-Mitglieder einschließen müsse und zum anderen die gegenwärtige EU-Mittelmeerpolitik ergänzen, den Barcelona-Prozess qualitativ aufwerten und keine Parallelstrukturen schaffen solle. Erste Regierungskonsultationen über die strukturelle und inhaltliche Ausgestaltung der Mittelmeerunion wurden für den anstehenden Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates unter slowenischer Ratspräsidentschaft anberaumt. Daran anknüpfend soll auf dem von Sarkozy für den 13. Juli 2008 angekündigten Gipfel der Euro-Mediterranen Staats- und Regierungschefs im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft das Projekt der Mittelmeerunion offiziell initiiert werden. Die nationalen Ambitionen seitens Frankreichs für die geplante Mittelmeerunion haben sich seither nachhaltig reduziert. Viele Beobachter stellen deshalb den Mehrwert dieser Initiative mittlerweile in Frage.

Schlechte Bilanz

Im Vorfeld der 1995 gestarteten Barcelona-Initiative gab es bereits zahlreiche gemeinsame Versuche, aber auch nationale Initiativen besonders der direkten Mittelmeeranrainer, die im Grunde stets ähnliche Ziele verfolgten: Stabilität, Sicherheit, Kooperation in Migrationsfragen und Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. So versuchte Frankreich bereits zu Beginn der 1990er

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

THOMAS DEMMELHUBER

März 2008

KAS-Länderberichte

www.kas.de/aegypten

Jahre mit einer sogenannten 5+5-Initiative ein Kooperationsforum zwischen den direkten Mittelmeeranrainern zu schaffen. Die Initiative zeigte jedoch nicht die erhofften Ergebnisse. Ebenso blieben die Ergebnisse der ersten Jahre des Barcelona-Prozesses weit hinter den Erwartungen zurück. Beeinflusst durch den Nahostkonflikt wurden auf politischer, sozialer und kultureller Ebene nur sub-optimale Ergebnisse erreicht. Einzig die ökonomische Kooperationsagenda konnte mit dem Inkrafttreten von bilateralen Assoziierungsabkommen mit den einzelnen Mittelmeer-Partnerstaaten (MPS) einige Erfolge vorweisen. Die schlechte Bilanz des Barcelona-Prozesses sollte durch die 2004 im Zuge der Osterweiterung geschaffenen Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), die auch auf den Mittelmeerraum ausgeweitet wurde, verbessert werden. Hierin bekräftigte die EU ihren Wunsch von gut regierten Staaten und von einem »Ring of Friends« umgeben zu sein.

Die Betonung von geostrategischen Interessen und die Unterstützung demokratischer Reformprozesse im Rahmen von konkreten, mit den Partnerländern ausgehandelten Aktionsplänen markierten einen Schritt hin zu mehr Kohärenz zwischen Strategien, Instrumenten und tatsächlicher Umsetzung. Der institutionelle Rahmen, die politischen Strategien und auch die Instrumente der Umsetzung sind damit vorhanden, einzig der fehlende politische Konsens – sowohl unter den 27 EU-Staaten, als auch zwischen diesen und den nunmehr 10 MPS – verhindert eine nachhaltige operative Umsetzung der Euro-Mediterranen Partnerschaft.

Französische Interessen

Die geplante Mittelmeerunion bringt substanzuell wenig Neues. Beobachter vermuten, dass es sich hierbei um den erneuten Versuch handelt, nationalstaatliche Interessen mit oder ohne Unterstützung der restlichen EU-Mitglieder zu verfolgen. Tatsächlich wird im Zusammenhang mit der Mittelmeerunions-Initiative immer wieder auf zwei französische Kerninteressen in der Region verwiesen: erstens die französischen Bemühungen um eine Alternative für eine türkische EU-Mitgliedschaft, zweitens die Er-

schließung neuer Absatzmärkte für die französische Nuklear- und Rüstungsindustrie.

Nach französischer Vorstellung sollte die Türkei zunächst als Brückenkopf zwischen der EU und einer Mittelmeerunion dienen. Der Türkei würde in diesem institutionellen Rahmen der privilegierten Anbindung an die EU eine politische Alternative für eine Vollmitgliedschaft angeboten. Im Zuge der aktuellen Einigung mit Bundeskanzlerin Merkel wurde der Türkei jetzt allerdings seitens der französischen Regierung versichert, dass eine Mittelmeerunion kein Projekt sei, das auf eine privilegierte Partnerschaft mit der EU anstatt einer Vollmitgliedschaft abziele. Die türkische Regierung reagierte mit Zurückhaltung, signalisierte aber – basierend auf der eben genannten Zusicherung – eine prinzipielle Bereitschaft, eine solche Union zu akzeptieren und aktiv darin mitzuwirken.

Neben dieser Verknüpfung mit den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vermuten Beobachter in Paris, Brüssel und Berlin ferner, die angestrebte Mittelmeerunion solle als institutioneller Rahmen für präferentielle Absatzmärkte französischer Hochtechnologie (v.a. Atom- und Rüstungsindustrie) dienen. So wurde Sarkozy im August 2007 in der französischen Presse mit den Worten zitiert: „Eine Konfrontation mit dem Islam vorbeugen heißt, den muslimischen Staaten helfen, in den Besitz der Zukunftsenergie Atomkraft zu gelangen.“ Die von Sarkozy skizzierten Kooperationsfelder einer Mittelmeerunion – Energie, Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, Migration und Handel – zeigen in eine analoge Richtung und folgen dabei französischen Primärinteressen.

Wie die praktische Umsetzung dieser Strategie aussieht, wurde unlängst beim Staatsbesuch Präsident Sarkozys bei dem libyschen Revolutionsführer Muammar al-Ghaddafi augenfällig, der in erster Linie darauf abzielte, zukünftige Aufträge für die französische Atom- und Rüstungsindustrie zu sichern. Sarkozys Pressesprecher wird in der arabischen Tageszeitung *al-Hayat* sogar mit den Worten zitiert, dass Libyen in der geplanten Mittelmeerunion ein „elementarer Eckpfeiler“ sein solle. Ähnliches bot Sarkozy in Gesprächen mit dem ägyptischen Staats-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

THOMAS DEMMELHUBER

März 2008

KAS-Länderberichte

www.kas.de/aegypten

präsidenten Hosni Mubarak im Januar 2007 an. Hier stieß er aber im Gegensatz zu den maghrebinischen Ländern auf deutlich mehr Zurückhaltung. Allerdings hat auch Ägypten seit November 2006 sein eigenes Programm zur zivilen Nutzung der Kernenergie wieder aufgenommen. Die Planungen hierfür und die Suche nach internationalen Partnern laufen derzeit auf Hochtouren. Ein Zuschlag für Frankreich beim Aufbau der ägyptischen Atomkraftwerke könnte Sarkozy als erheblichen innenpolitischen Erfolg verbuchen.

Skepsis in Ägypten

Unabhängig von der tatsächlichen Umsetzung des Projekts einer Mittelmeerunion offenbart auch diese neue Initiative das zentrale Problem der Formulierung und Umsetzung von EU-Mittelmeerinitiativen: divergierende nationale Interessen und Perzeptionen sorgen immer wieder für Interessengegensätze und Widersprüche und stehen letztendlich einem kohärenten Politikansatz entgegen. Kommentatoren aus den südlichen Partnerländern bemängeln, dass der Vorschlag die Asymmetrien von Nord und Süd im Mittelmeerraum unangetastet lässt. Darüber hinaus bezweifelt der ägyptische Politikwissenschaftler Amr El-Shoubaki, dass die angestrebte Mittelmeerunion tatsächlich zur Förderung von demokratischen Reformprozessen und damit zur Öffnung von autoritären Herrschaftsordnungen in der Region beitragen *könne* und *wolle*. Außerdem – so El-Shoubaki – enthielte der Vorschlag keinerlei erkennbare Ansätze zur Lösung des Nahostkonflikts.

Im Süden nichts Neues

Der Vorschlag einer neuen Politikinitiative für den Mittelmeerraum spiegelt wenig mehr als französische Interessenpolitik wider. Er zielt in erster Linie auf die Erschließung neuer Absatzmärkte für die französische Atom- und Rüstungsindustrie und auf politische Alternativvorschläge für einen EU-Beitritt der Türkei. Die Intention, einen multilateralen Rahmen für die Verfolgung nationaler Interessen in Anspruch zu nehmen, ist in der Geschichte der europäischen Mittelmeerinitiativen nichts Neues. Der Gegenvorschlag der deutschen Bundesregierung, diese Initiative in den EU-Rahmen zu integ-

rieren, ist vor dem Hintergrund der gemeinsamen Interessen aller 27 EU-Mitglieder im Mittelmeerraum richtig. Der französische Vorschlag hat zwar substanziell nichts Neues gebracht, aber immerhin den Fokus der europäischen Aufmerksamkeit wieder auf den Mittelmeerraum gelenkt. Dies könnte vor dem Hintergrund der weiter eskalierenden Konfliktdynamik im Nahen Osten letztlich durchaus hilfreich sein.

Dipl.-Pol. Thomas Demmelhuber ist Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung und promoviert an der FAU Erlangen über EU-Mittelmeerpolitik am Fallbeispiel Ägypten.